

Dresdener Nachrichten

Tageblatt

für

Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Nr. 156

Sonntag den 5. Juni

1859.

Erst. tägl. Morg. 7 U. — Inserate die Spaltzeile 5 Pf. werden bis Ab. 7 (Sonnt. v. 11—2 U.) angenommen. — Abonn. Vierteljahr 20 Ngr. be-
unentgeltl. Lieferung in's Haus. Durch die Post. Viertelj. 20 Ngr. Einz. Nummern 1 Ngr. Expedition: Johannes-Allee 6 u. Waisenhausstr. 6 pt

Dresden, den 5. Juni.

— Im weitem Verlauf der am 2. gehaltenen Sitzung der 1. Kammer sprach Bürgermeister Müller: Es herrsche nur eine Stimme darüber, daß das gute Recht auf Oesterreichs Seite sei. Daher der allgemeine Wunsch, daß man den Feind nicht abwarten, sondern ihm muthig entgegengehen möge, denn in dem Freunde Italiens erkenne man den Feind Deutschlands. Möge daher auch Preußen vorwärts gehen. Er schließt mit dem Horazischen Ausspruch: „Kein Steblicher hat, was die Führung der Waffen und die Ehre anbelangt, vor dem Deutschen einen Vorzug!“ Bürgermeister Koch freut sich über den Nationalaufschwung Deutschlands. Dieser Aufschwung müsse dereinst für Deutschland seine guten Früchte tragen, wenn sie auch uns nicht mehr zu Gute kämen. Er mahnt zum Vertrauen auf die Regierung, die schon handeln werde, wenn der rechte Zeitpunkt gekommen. Schließlich beantragt der Redner: „die Kammer wolle dem hohen Kriegsministerium ihren Dank für die umsichtigen Maßregeln, welche es in Betreff der Kriegsbereitschaft getroffen, aussprechen.“ Hierauf ergriff Herr Staatsminister v. Beust das Wort zu einem längern Vortrage, dem wir nach dem Dr. F. Folgendes entnehmen: „Die hohe Kammer hat von dem heute ihr vorliegenden Gegenstand Anlaß genommen, die schwebende politische Tagesfrage in den Bereich ihrer Berathung zu ziehen. Die Discussion habe gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke in mancher Beziehung ihr Mißliches und Bedenkliches. Die Regierung hat aber die Ansicht gefaßt, daß ein öffentliches Aussprechen der Ansichten, wie sie in beiden Kammern bestehen, einen viel größern Nutzen habe, als von einer andern Seite vielleicht ein Nachtheil daraus entstehen könnte. Insofern es sich darum handelt, der Kammer Aufschluß über stattgefundenene Verhandlungen zu geben, bin ich leider nicht im Stande, diesem Verlangen in dieser Weise zu entsprechen, daß wesentliche Anhaltspunkte für vollständig erzielte Resultate daran geknüpft werden könnten. Ich habe es dankbar anzuerkennen, daß die geehrten Redner sämmtlich in einer Weise sich ausgesprochen haben, welche der Regierung gegenüber ein rückhaltloses Vertrauen kund gegeben hat. Es giebt wohlmeinende Personen, welche der Ansicht huldigen, ein Staat von der Größe Sachsens thue am besten, er schließe sich ein für allemal vertrauensvoll einem größern Staate an, er richte danach seine Politik ein und gehe auf diese Weise einen sichern Weg. Ich gestehe, ich kann diese Ansicht nicht theilen; denn es würde dies soviel

heissen, daß dieser Staat gar keine Politik haben solle. Den größern Staaten fällt die Aufgabe zu, die Initiative in politischen Dingen zu ergreifen und den Ereignissen vorzugreifen; den kleinen Regierungen fällt eine andere Aufgabe zu, ihre Politik muß eine Politik entweder der Unterstützung oder eine Politik der Abwehr sein, eine Aufgabe, die darum nicht minder dankbar ist als erstere. Unbedingt darf die sächsische Regierung für sich Das in Anspruch nehmen, daß sie ihre moralische Unabhängigkeit jederzeit auf das Strengste aufrecht erhalten hat. Die Aufgabe der mittlern deutschen Staaten hat sich gegen früher seit 1848 in vieler Beziehung geändert. Sie war vor dem Jahre 1848 eine leichte und einfache, weil damals in allen größern Angelegenheiten zwischen den beiden deutschen Großmächten Uebereinstimmung herrschte, während sich seit 1848 dies Verhältniß geändert hat und die Stellung der übrigen deutschen Staaten eine schwierigere und damit auch wichtigere geworden ist. Gegen die sächs. Regierung hat man den Vorwurf der Inconsequenz erheben wollen, als man ihr nachsagen zu können geglaubt hat, sie habe in neuerer Zeit eine sehr entschiedene Vorliebe für die französische Regierung kundgegeben, man habe hier für Frankreich lange gegen Oesterreich Partei genommen und dann auf einmal sei man in die entgegengesetzte Richtung umgeschlagen. Es haben einzelne Artikel in dem „Dresdener Journal“ zu Mißdeutungen Anlaß gegeben und es ist das allerdings in einer Richtung hin zu beklagen. Hätten andere Blätter gehandelt wie das „Dr. F.“ und wären nicht voreilig, sondern erst später zu einer strengeren Beurtheilung der französischen Regierung übergegangen, wie das Journal es that, so wäre die Beurtheilung des Aufschwunges in Deutschland gegen Frankreich in diesem Lande selbst eine ganz andere und wirksamere gewesen, als es in der That der Fall war. Ich komme nunmehr zu der eigentlichen Hauptfrage, zur Beurtheilung der Stellung des Deutschen Bundes zum österreichisch-italienischen Kriege. Es ist heute auch mehrfach der Regierung eines großen deutschen Bundesstaates Erwähnung geschehen und man hat nach dieser Seite hin sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß dieselbe nicht schneller und thatkräftiger einschreite. Im Allgemeinen kann ich nur bestätigen, daß Verständigungen zwischen den beiden deutschen Großmächten zunächst im Werke sind, welche einen vollständig gedeihlichen definitiven Abschluß versprechen. Man hat den deutschen Regierungen die bündigsten Versicherungen gegeben, daß Niemand daran denke, Deutsch-